## Evaluieren, Abwickeln, Christianisieren.

### I Die Purgierung

Die Christianisierung der Ost-Wissenschaft hat begonnen. Rechtzeitig zum Fest leitete die C-Partei die Abwicklung der Hochschulwissenschaft ein: überfallartig wurden in der zweiten Dezemberwoche Universitäten geschlossen, Fakultäten dicht gemacht, Lehrstühle beseitigt, Forschungsprojekte zerstört, Abschlüsse entwertet, eine vierstellige Zahl von WissenschaftlerInnen entlassen. Gefragt wurde eigentlich niemand. Kurz: die Exekution dessen begann, was in vergangenen KP-Zeiten auf gut deutsch "Säuberung" hieß und heute fein als "Purgierung" einherkommt (so der Präsident des Wissenschaftsrates D. Simon im Oktober 1990 auf dem Villa-Hügel-Gespräch des Stifterverband für die deutsche Wissenschaft). Demokratische Veränderungen der Hochschulverfassungen (so das exzeptionelle Statut der Humboldt-Universität), neue Forschungs- und Lehrpläne, Hunderte von Neuberufungen und Neueinstellungen - das alles hat es gegeben in den letzten Monaten und das alles zählt natürlich gerade nicht. Was zählt, ist in die Magie der Seilschaftrhetorik gehüllte konservativ-liberale Machtpolitik.

## II Die Gelehrtenrepublik: neue Herrschaft, neues Volk

Die Installierung der neuen deutschen Gelehrtenrepublik ist im vollen Gange. In ihr gibt es natürlich eine Regierung, Herrschende und Beherrschte und um sie einzurichten, geht es schon lange nicht mehr bloß um die die Entfernung politisch kompromittierter Wissenschaftselitegruppen und die flächendeckende Beseitigung ihrer eigenständigen Machtressourcen. Das Ziel der neuen Akteure war und ist die Sicherung des wissenschaftspolitischen Machtkartells der alten BRD, also der alten Herrschaft. Es sollen keine neue Fraunhofer-Gesellschaft, keine neue Max-Planck-Gesellschaft, keine neue Deutsche Forschungsgemeinschaft, kein neuer Wissenschaftsrat entstehen - wollen doch just diese ihre Branchen- und Disziplindomänen ausdehnen. Alle Bemühungen um weiterreichende institutionelle Innovationen wurden in den letzten Monaten abgeblockt, kein einziges neues Steuerungsinstrument entstand: es geht um Absorption, ansonsten bleibt alles beim alten. "Das Wissenschaftssystem", so Dieter Simon, "wird nur um den Raum und die Bevölkerung der DDR vergrößert, nicht aber qualitativ verbessert." Er muss es wissen. Ein paar Tausend WissenschaftlerInnen der Ex-DDR sind mittlerweile entlassen, Tausende werden noch folgen - wie immer kaum bemerkt trifft es am brutalsten den wissenschaftlichen Mittelbau. Andere sind im Zustand der "Einpassung" (Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), Pressemitteilung 8.11.90), auch "Übernahme" (Wissenschaftssenatorin B. Riedmüller-Seel, Berlin) genannt. Die neue Herrschaft schneidert sich ihr Volk zurecht.

# III Die Bruchlandung als Königsweg

1989/90 arbeiteten in der DDR in 2 913 Einrichtungen ca. 140 000 WissenschaftlerInnen, darunter etwa 8 200 GesellschaftswissenschaftlerInnen (5,9 %). In der Industrie waren über 50%, an der AdW ca. 13 % und an den Hochschulen ca. 10 % beschäftigt. Rund ein Drittel des Wissenschaftspotentials liegt in Sachsen, etwa ein Fünftel in Berlin. Das Wissenschaftssystem war überzentralistisch, personalintensiv, wirtschaftsnah, regional unausgewogen, technisch rückständig. Die Grundla-

genforschung wurde zugunsten der Substitutionsforschung und Nachentwicklungen vernachlässigt. Problematische Prioritäten der westdeutschen Forschungspolitik wie Nuklear-, Rüstungs- oder hypertrophierte Weltraumforschung finden sich vergleichsweise kaum - nebenbei auch nicht die oft behauptete Überdimensionierung der Gesellschaftswissenschaften. Doch ebensowenig bestand eine Passfähigkeit für eine Forschungs- und Technologiepolitik, die ökologisch-sozialstaatliche Problemlösungen akzentuiert.

Der Königsweg der Deregulierungspolitik ist die Bruchlandung. Während das wissenschaftliche Netzwerk der DDR-Wissenschaft rasch zerstört wurde und mangels politischer Steuerung und ökonomischer Fundierung schon früh weitgehend zusammenbrach, die Versuche im ersten Halbjahr 1990, durch Wissenschafts- und Hochschulreform in Autonomie, Selbstverwaltung, Modernität und Bedarfsorientierung umzusteigen, nach wenigen Monaten gescheitert waren, da es an Bewegung, Macht, Geld, Expertise, Zeit und einer wissenschaftsfreundlichen Umwelt fehlte, wurden westseitig parallel die einzelnen Elemente dieses Netzwerks kleingearbeitet. Nachdem die ordnungspolitischen Grundentscheidungen gefallen sind, konzentriert sich die Politik auf Verfahren, nicht auf Programme und Prioritäten. Der Transfer von Strukturen und Verfahren soll die Übertragung kognitiver Felder. wissenschaftlicher Programme und Schwerpunktsetzungen sichern. Die erste zentrale Programmatik des BMFT ("8-Punkte Programm für die neuen Bundesländer") vom 11.10.1990) dehnt schlicht vorhandene ökonomische High-Tech-Forschungschwerpunkte aus (die sog. Vorsorgeforschung spielt fast keine Rolle) und beschränkt sich auf die Reaktivierung einiger brachliegender wirtschaftsorientierter Förderungsinstrumente.

Die Zerstörung der Akademie der Wissenschaften (AdW), die Halbierung der Industrieforschung und die Beseitigung einer Reihe einflußreicher Institute an den wie außerhalb der Hochschulen werden sich bis früh 1992 hinziehen; im Schatten der öffentlichen Diskussion um die Akademie verständigte sich die Herrschaft auf die Abwicklung der in ihrer Sicht unverbesserlichen Teile des Hochschulwesens. Das Personal wird entlassen, gesäubert, selektiert, kooptiert und neu rekrutiert. Ökonomische (Massenarbeitslosigkeit) bzw. fiskalische und rechtliche (politische Überprüfung) Regulierungen sollen den passgerechten Übergang in den Wissenschaftsüberbau altbundesdeutschen Zuschnitts modellieren, in dem Positionen aus der Tradition der Bürgerbewegungen - geschweige denn aus den marxistischen Traditionen - nur marginalen Platz haben werden. Die Form des Prozesses mag aussehen wie Selbstorganisation, doch politisch selektive und zentralistisch verwalteten Filter sind in das Entwicklungsmuster eingebaut. Auch die notgedrungen etwas grobe Abwicklung trübte just zum Fest leider das Bild der feinen Fusion.

## IV Von Gartenzwergen hat niemand gesprochen...

Das Unternehmen Abwicklung begann im Sommer mit der Beseitigung zahlreicher politiknaher Wissenschaftseinrichtungen. Zum außeruniversitären, nichtindustriellen staatlichen Sektor der Forschung in der EX-DDR gehörten rund 120 Einrichtungen der Akademien bzw. Ministerien, in denen rund 27 % der in Forschung- und Entwicklung (FuE) Beschäftigten - etwa 38 400 Personen - arbeiten. Große außeruniversitäre Forschungseinrichtungen der politiknahen Ressortforschung wie das "Institut für Politik und Wirtschaft" (IPW) werden bis Jahresende ersatzlos beseitigt. Während verschiedene weitere Institutionen wie etwa die Akademie pädagogischer Wissenschaften mit 700 WissenschaftlerInnen oder das Zentralinstitut für Jugendforschung auf dem kurzen Wege geschlossen werden ohne jegliche wissenschaftliche Beurteilung oder öffentliche politische Verhandlung, bekam die Akademie der Wis-

senschaften die Evaluation. Dennoch war Ende November 1990 an der größten wissenschaftlicher Einrichtung der DDR bereits 15 % der Stellen verschwunden, an einzelnen AdW-Instituten wie dem für Informatik und Rechentechnik ist bereits die Hälfte der WissenschaftlerInnen ausgeschieden. Für eine Reihe prominenter Einzelvorhaben der AdW mit Langzeitcharakter - z.B Editionen MEGA, Leibniz, Humboldt, Kant - gibt es keine klare Zukunft. Die Abwicklung ist dort bereits in organisationspolitische Routine übergegangen. Neun Kommissionen evaluieren im Auftrag des Wissenschaftsrates seit einem Vierteljahr die Akademie der Wissenschaften, bewerten also ihre wissenschaftliche Qualität. Am Ende steht die Empfehlung, wer abgewickelt, also mit oder ohne Warteschleife in den Zustand akademischer Arbeitslosigkeit überführt wird. Die Evaluierung wird als bürokratischer Normalvollzug wissenschaftlicher Standards und damit als "seit langem praktiziertes" (Wissenschaftsrat) unpolitischess Alltagsverfahren westlicher Wissenschaftspraxis inszeniert. Sie ist etwas völlig anderes. Es geht nicht um schrittweise Optimierung einer wissenschaftliche Einrichtung, sondern um rascheste Transformation eines Wissenschaftssystems und damit auch um Rechtfertigung für die Beseitigung dessen, was nicht überführt wird. Hier geht es nicht um ein einzelnes Projekt, um einen Sonderforschungsbereich, um eine Universität, sondern um das Wissenschaftssystem eines Staates. Wobei allerdings völlig unklar ist, welche Merkmale das neue Wissenschaftssystem in Ostdeutschland im Einzelnen haben soll, auf das hin da evaluiert wird. Gefragt wird nicht nur, wie es in der alten BRD üblich war, nach Strukturen, sondern auch nach Inhalten. Eine weit überwiegende Mehrheit westdeutscher Wissenschaftler beurteilt ostdeutsche Wissenschaftler. "Das sind ja alles deutsche Professoren", so der etwas betretene O-Ton des Präsidenten des Wissenschaftsrates auf einer Pressekonferenz seines Gremiums am 19. November 1990, "und auch die sind wie alle anderen Menschen mit verschiedenen Graden von Takt ausgestattet. Das heißt, da gibt es natürlich auch Gruppen, die da auftreten, als hätten sie nicht nur das Schießpulver erfunden, sondern wären auch ständig dabei, die Nobelpreise überall auf der Welt einzusammeln. Und das ist natürlich gegenüber Leuten, die in einer sowieso schon eingeschüchterten Situation sich befinden, und die auch um ihre Existenz kämpfen, nicht gerade der Zugang, der vielleicht optimal ist. Daß es da natürlich Verbitterungen gibt, ist auch klar. Andererseits: ich meine, wenn man irgendwo reingeht und sagt: "Auf welchem Stand seid ihr Gartenzwerge denn?" Ich meine, so hat es natürlich niemand gesagt, aber man kann das ja auch durch seinen Gesichtsausdruck vermitteln. Es ist ganz klar das die Arbeitsgruppen so nicht reden dürfen. Daß das natürlich keine Freude erweckt, das ist klar." Da wundert nicht, dass geheim evaluiert wird, jede Öffentlichkeit stört. Der Grund ist einfach: "Jeder soll für sich allein sterben" - so die Bilanz eines Wissenschaftler aus einem Akademieinstitut auf einer Veranstaltung des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Ende November an der Humboldt-Universität zur "Evaluation der Evaluation".

#### V ...aber von Filetstücken

Was bleiben darf, wird abhängig. Die großen außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen der alten BRD sind seit Frühjahr 1990 daran, ein Musters abhängiger Wissenschaftsentwicklung zu installieren. Die Fraunhofer-Gesellschaft übernimmmt befristet 14 Arbeitsgruppen (7-800 Wissenschaftler) aus 13 Instituten, "z.T. als Außenstellen bestehender Fraunhofer-Institute". Herausgesucht wurden "Filetstücke" (AdW-Präsident Klinkmann). Die Max Planck-Gesellschaft (MPG) plant die Einrichtung "von bis zu 20 Außenstellen bestehender MPIs an Hochschulen in den neuen Bundesländern sowie bis zu 15 befristeter Projektgruppen, die sich später zur MPIs entwickeln könnten". Die geplanten, für fünf Jahre finanzierten sog. "Arbeitsgruppen"

der MPG an den Hochschulen sind Außenstellen vorhandener MPG-Institute. Ihr inhaltlicher Bezug geht auf die westliche MPG, nicht auf die östlichen Institutionen, Probleme oder Potentiale.

In der Industrieforschung mit ca. 86 000 FuE-Beschäftigten steht der volle Personalabbau mit dem Auslaufen der Kurzarbeiterregelung nach dem 31.7.1991 erst noch bevor. Wie nennenswerte Teile der Industrieforschung gerettet werden sollen, ist offen. Eine im Auftrag des BMFT durchgeführte Studie geht davon aus, dass das industrielle Forschungspotential bis Ende 1991 auf knapp die Hälfte reduziert sein wird. Kommunale und mittelständische Betriebe, die naheliegender Fluchtpunkt der FuE-Gruppen sein könnten, existieren kaum und werden durch die Politik der Bundesregierung völlig unzureichend gefördert. Von einer FuT-Politik der Treuhand kann keine Rede sein. Die früheren Wissenschaftsmärkte in den östlichen Ländern sind zusammengebrochen. Viele Betriebe werden nach dem Auseinanderreißen ihrer Forschungslabors nur verlängerte Werkbank alter BRD-Konzerne werden oder überhaupt keine Perspektive mehr haben.

## VI ...von *Ungeziefer* und von *Altlasten*

Auch bei den Hochschulen geht es, wie Mitte Oktober 1990 der stellv. Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie Ording erklärte, um "eine weitgehende Orientierung an westdeutschen Gegebenheiten", wo "die Hochschule als Träger der Grundagenforschung und Erkenntnisvermittler für die marktorientierte angewandte Forschung der Industrie auftritt." Bisheriger Höhepunkt war die faktische Einführung des bundesdeutschen Hochschulrahmengesetzes auf dem reinen Verordnungsweg. Kein Parlament oder auch nur ein parlamentarischer Ausschuß haben diese Verordnungen vor Inkrafttreten je erörtert, geschweige denn irgendein Hochschulgremium. Allerdings wird die Anpassung der Hochschulen an die Hochschulverfassung lt. HRG gegenwärtig verzögert durch die Bemühungen, den Personalbestand an den Hochschulen auszutauschen - es geht um das Arrangement der "Purgierung", in deren Windschatten Entpolitisierung und parteipolitische Vermachtung ineinander übergehen. Fast überall gewinnen mit massiver Unterstützung der Wissenschaftsadministration konservative, zum Teil sogar extrem rechte Positionen unter der HochschullehrerInnenschaft Einfluß. Das ist gekoppelt an vergleichsweise harmlose politische Gefälligkeitsarrangements wie etwa der Berufung des DDR-Exministers Krause als Honorarprofessor in Wismar oder des verrenteten Hans Apel, SPD, als Lehrbeauftragtem für wissenschaftliche Politik in Rostock. Durchmischt wird alles von missionarisch gestimmten Westprofessoren: sie sind darauf aus, "nach Art von Ungezieferbekämpfern alten Geist aus(zu)rotten" und im übrigen finanziell ausgestattet, "als würden sie in einem Entwicklungsland unter extrem harten Bedingungen leben müssen" (SZ 20./21.0.990). Um auch ihnen Platz zu machen, wurden zwischen 1.1.1990 und 18.8.1990 1504 Hochschullehrer in der DDR entlassen, "nur" 506 von ihnen kamen aus dem M/L-Bereich, weitere aus dem SEDeigenen bzw. -nahen Wissenschaftsapparat. Der Wissenschaftsrat hat in seinen 12 Empfehlungen vom Juli 1990 bereits betont, dass man mit der Entlassung der Professoren für Marxismus-Leninismus, Wissenschaftlichen Sozialismus Kommunismus sowie Politische Ökonomie nicht auskommen werde - kurz: es geht darum, dass alle "Altlasten erfaßt - und entsorgt - werden." (Welt, 5.11.1990). Der völlig gerechtfertigten Auflösung des ML-Grundlagenstudiums folgte die fragwürdige Kündigung von 506 dort beschäftigten HochschullehrerInnen aufgrund eines zentralen Ukas. Ausschlaggebend vor jeder wissenschaftlichen und persönlichen Einzelbewertung war allein die formale Zugehörigkeit zur alten ML-Sektion. Keine Rolle spielte, ob andere Fakultäten zur Übernahme bereit waren. Dabei waren in dieser keineswegs ausschließlich, wie suggeriert wird, stumpf-sinnige Parteiideologen beschäftigt. Häufig entschied ein organisatorischer Zufall inneruniversitärer Stellenplanung darüber, ob disziplinär qualifizierte Geistes- oder SozialwissenschaftlerInnen formal der ML-Sektion oder der Ökonomie, Geschichte, Philosophie o. ä. zugeordnet

wurden. Kurz vor Jahresende 1990 ging die große deutsche Wissenschaftssäuberung dann so richtig los: um auch kleinste Spurenreste zu erwischen, wird großflächig abgetragen - die neuen Wissenschaftsschützer wollen eine saubere Ökologie. Allein in Sachsen verchwinden runde 40 Bildungs- und Wisenschaftseinrichtungen. Wo nicht abgewickelt wird, wird überprüft. Als erstes Kultusministerium kündigte schon Ende November 1990 das Kultusministerium von Mecklenburg-Vorpommern eine Totalüberprüfung aller Lehrkräfte der Hochschulen des Bundeslandes an. Ziemlich komisch ist, wie handlich die Überleitungskommissionen ihre Bewertungskriterien zuschneiden: "Bei den Prüfungen werde die Bewertung der fachlichen gegenüber der politischen Eignung mit 70 zu 30 Prozent überwiegen." (FAZ v. 30.11.1990). Bei zukünftigen Einstellungen haben die Hochschulen nichts zu sagen, Berufungskommissionen werden staatlich oktroiert. Demokratie und Hochschulautonomie sind nicht vorgesehen, wenn es um die Durchsetzung der neuen herrschenden Meinung geht.

## VII Sand ins Abwicklungsgetriebe

Was ist mit der so hocheffizienten scientific community der alten BRD? Ein Aufschrei der Empörung über die Eingriffe in die Hochschulautonomie? Über die flinken Urteile? Oder die Massenentlassungen? Von wegen. Bei den lukrativen Landnahmen machen manche lebhaft, andere klammheimlich mit. Die Besorgnis hält sich noch in Grenzen. Doch immerhin: dass der rigorose Stil der neuen Wissenschaftspolitik auch mit dem aufzuräumen droht, was an demokratischen Verfahren, politischer Kultur, Balance, Pluralismus und wenigstens halbautonomer Handlungschance seit 1968 in der Wissenschaft der alten Bundesrepublik durchgesetzt werden konnte, spricht sich wenigstens im Postkutschentempo herum. Vielleicht werfen wir noch gemeinsam Sand ins Abwicklungsgetriebe.

Dr. rer. pol. habil. Rainer Rilling, Soziologe an der Universität Marburg, Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, 355 Marburg Postfach 543